

Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach – München
c/o sub e. V.
Müllerstraße 14
80469 München



München, 11.12.2016

Bayerisches Staatsministerium
für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
Herrn Minister Dr. Ludwig Spaenle
Salvatorstraße 2
80327 München

Forderungen zu den neuen Richtlinien für Familien- und Sexualerziehung an bayerischen Schulen

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Spaenle, sehr geehrter Herr Ministerialrat Dr. Ellergast,

beim Gespräch am 6.12.2016 wurde mit Ihnen vereinbart, dass das Aktionsbündnis seine Forderungen zu den neuen Richtlinien in einem Papier zusammenfasst.

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach begrüßt bezüglich der Inhalte der Richtlinien,

- dass diese schulartübergreifend sind,
- dass der Fächerkanon erweitert wurde
- und dass die Schwerpunkte "Geschlechterrollen und Identitätssuche" und "Selbstkonzept und Gesellschaft" aufgenommen wurden.

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach fordert Änderungen,

- die sich auf die Fassung der Richtlinien vom April 2016,
- auf das Forderungspapier der sogenannten "Demo für Alle" und "Elternaktion Bayern" und
- auf die Informationen über angedachte Änderungen aus dem Arbeitsgespräch vom 6.12.2016 zwischen Staatsminister Dr. Spaenle und Ministerialrat Dr. Ellergast im Kultusministerium beziehen.

Derzeit wissen wir vom Aktionsbündnis und auch alle anderen außerhalb des Kultusministeriums nicht, ob sich die Akteur*innen der "Demo für alle" auch noch bei weiteren Punkten durchsetzen konnten. Klar ist aber, dass das Kultusministerium seinen eigenen Entwurf, der von pädagogischen Fachkräften erarbeitet wurde, derzeit überarbeitet. Damit rückt das Kultusministerium von seinem eigenen Vorschlag ab, den auch der Landesschulbeirat kennt. Daraus ergibt sich für uns die zentrale Forderung, dass die letzte Entwurfsfassung vor Inkrafttreten noch einmal dem Landesschulbeirat vorgestellt und sein Benehmen eingeholt wird.

Die weiteren Forderungen sind in fünf Punkten auf den folgenden Seiten zusammengestellt.

Mit freundlichen Grüßen!

Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach – München

1.) Toleranz- und Sexualerziehung durch Externe weiterhin ohne (zwingende) Anwesenheit einer Lehrkraft ermöglichen

Hintergrund:

Im letzten Entwurf vom April 2016 der Richtlinien heißt es unter "1.2 Aufgaben und Ziele", dass eine wertschätzende Atmosphäre Voraussetzung für das Gelingen des Findens und Annehmens der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung sei.

Nun fordern die Akteur*innen der "Demo für alle", "dass er (Anm.: der Beauftragte der Schule für die Familien- und Sexualerziehung) oder eine Lehrkraft der Klasse bei der Durchführung des Unterrichts bzw. der entsprechenden Veranstaltung mit den außerschulischen Experten anwesend ist" (S. 3, Punkt IX).

Das Kultusministerium scheint sich dieser Forderung beugen zu wollen, obwohl ihm bekannt sein muss, dass gerade bei diesem sehr privaten und intimen Thema notengebende Lehrkräfte, die die Schülerinnen und Schüler auch im laufenden Schuljahr weiter begleiten, gerade diese notwendige offene Atmosphäre nicht in dem Maße herstellen können, wie dies außenstehende, geschulte Kräfte gewohnt sind.

Damit schafft das Kultusministerium wider besseren Wissens und ohne Not eine Atmosphäre, von der sie in ihrem eigenen Entwurf noch davon ausgegangen war, dass sie nicht zielführend ist.

Forderung:

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt fordert, dass das Kultusministerium seinem eigenen Entwurf treu bleibt und - wo gewünscht - die erfolgreiche Methode, Toleranz- und Sexualerziehung durch Externe ohne (zwingende) Anwesenheit einer Lehrkraft, verfolgt.

Begründung:

Die bis dato existierende Kann-Bestimmung hat sich in der Vergangenheit bewährt. Vielen Lehrkräften ist durchaus bewusst, dass die Jugendlichen ohne ihre Anwesenheit einen höheren Mehrwert aus dem externen Unterricht ziehen. Ein wertfreier Raum, in welchem auch Ängste oder Vorurteile besprochen werden können, kann mit einer notengebenden Lehrkraft nicht hergestellt werden. Er ist aber Voraussetzung dafür, dass Toleranz- und Sexualerziehung mit Jugendlichen gelingen kann. Dort können sich die Schüler*innen auch negativ äußern, ohne Angst vor zukünftigen Ressentiments vonseiten der Schule haben zu müssen. Bewährt hat sich in der Vergangenheit auch, dass Klassen – wo nötig – nach Geschlecht geteilt werden. Da sich eine Lehrkraft nicht teilen kann, ist auch diese erfolgreiche Methode in Gefahr.

Das Kultusministerium hält zudem in seinem eigenen Entwurf fest, dass sowohl die neu einzusetzenden Beauftragten für die Familien- und Sexualerziehung als auch die Lehrkräfte hinsichtlich der neuen Richtlinien erst noch fortgebildet werden müssen. Gleichzeitig sollen dieselben Akteur*innen den Unterricht geschulter Expert*innen beurteilen können. Eine mindestens kuriose Situation.

2.) Vielfalt der Familienformen als Lebensrealität darstellen

Hintergrund:

Im Kapitel 2.4 "Selbstkonzept und Gesellschaft" (S. 10) für die Jahrgangsstufen 1 und 2 fehlt der wichtige Hinweis über die Vielfalt der Familienformen als Lebensrealität.

Forderung:

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt fordert deshalb, dass dort folgender Passus mit aufgenommen wird: "Schülerinnen und Schüler lernen, dass dort, wo Menschen Verantwortung für Kinder und Jugendliche übernehmen, Familie ist. Gemeint sind damit heterosexuelle Eltern und Partnerschaften, Patchwork- und Regenbogenfamilien, Alleinerziehende, Pflegeeltern und Beschäftigte in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen."

Begründung:

Schule muss ein Ort der Akzeptanz aller Kinder und Jugendlicher und ihrer Lebensrealitäten sein. Nur so ist ein angst- und mobbingfreies Lernen möglich. Die Freude an der Vielfalt der Lebensrealitäten innerhalb der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts muss sich in der Schule widerspiegeln und als Chance für ein friedliches Zusammenleben gewertet und vermittelt werden. Jedes Kind hat das Recht, das Familienmodell, in dem es aufwächst, im Unterrichtsmaterial widergespiegelt zu sehen. Nur so und nicht anders kann es sich in der Gesellschaft als gleichwertiger Teil der Gesellschaft wahrnehmen. Kinder könnten ansonsten der falschen Annahme verfallen, ihre Familie wäre nicht Teil der Gesellschaft. Dies würde sowohl dem Kindeswohl schaden, als auch dem Bildungsauftrag widersprechen.

3.) Begriff der "Akzeptanz" in den Richtlinien erhalten

Hintergrund:

Im Entwurf der Richtlinien heißt es für die Jahrgangsstufen 9. und 10 (S. 14): "Schülerinnen und Schüler zeigen Toleranz und Akzeptanz gegenüber Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Identität." Ein Umgang miteinander, der eigentlich selbstverständlich in einer demokratischen Gesellschaft sein sollte. Die "Demo für alle" fordert die Streichung des Begriffs "Akzeptanz" (S. 1). Und auch hier scheint sich das Kultusministerium dem Druck dieser menschenverachtenden Forderung zu beugen.

Forderung:

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt fordert das Kultusministerium auf, an seiner eigenen Position festzuhalten und den Begriff der "Akzeptanz" keinesfalls zu streichen.

Begründung:

Die Akteur*innen der "Demo für alle" unterstellen, dass der Begriff der "Akzeptanz" von ihnen verlange, dass sie ihre eigene sexuelle Orientierung infrage stellen müssten. Damit definieren sie den Begriff um und nutzen ihn als Kampfbegriff. Sie diskreditieren ihn. Wenn nun das Kultusministerium dieser Sichtweise folgt und den Begriff der Akzeptanz durch Respekt ersetzt, bedeutet dies in der Praxis, dass Lehrkräfte wider besseren Wissens und Pädagogik, LGBTI*-Kindern und -Jugendlichen sagen müssten, dass sie diese zwar respektieren, aber nicht akzeptieren. Lehrkräfte haben aber qua ihrer Funktion eine besondere Fürsorge gegenüber ihren Schüler*innen zu erfüllen. Sie haben ihnen einen angst- und mobbingfreien Lebensraum und ein Lernklima zu schaffen, in dem ihnen Lernen gelingen kann.

4.) Die Inhalte des "Aktionstages für das Leben" im Kapitel 1.3.2 (S. 5) ergänzen und für weitere gesellschaftliche Fragen öffnen

Hintergrund:

Die Inhalte, die unter dem Stichwort "Aktionstag für das Leben" im Entwurf der Richtlinien aufgeführt werden, sind unserer Meinung nach zu kurz gefasst.

Forderung:

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt fordert bei den Inhalten zum "Aktionstag für das Leben" die Aufnahme des "§218a Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs". Gleichzeitig fordern wir, dass der Aktionstag auch für gesellschaftliche Fragen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Regenbogenfamilien, Frauenaltersarmut und damit einhergehend Kinderarmut, Recht auf einen Kita-Platz, Generation "Praktikum" und Auswirkungen auf die Familiengründung etc. geöffnet wird.

Begründung:

Die Aufnahme des §218a verlangt schon das Gebot, dass an Schulen Indoktrination zu unterlassen ist. Dies beinhaltet auch, dass Schüler*innen bei einem Thema alle Facetten eines Sachverhalts anzubieten sind und dass sie befähigt werden – entsprechend des Beutelbachers Konsenses – selbst zu entscheiden.

5.) Medienpädagogik ernst nehmen – Medienpädagogik schaffen

Hintergrund:

Über 60 Prozent aller Kinder nutzen ab dem Alter von 6 Jahren regelmäßig das Internet. Soziale Medien werden spätestens ab dem Alter von 12 Jahren relevant. Dieser neuen Form der Informationsbeschaffung sowie sozialen Interaktion muss Schule gerecht werden. In Kapitel 4.2.3. beschäftigt sich der Entwurf mit diesen Fragen. Es ist herauszustellen, dass Medienpädagogik als Querschnittsthema betrachtet wird, was auch das Aktionsbündnis begrüßt. Doch um einen fundierten Umgang mit Medien zu erlangen, bedarf es einer Kompetenzausbildung in diesem Bereich, welcher nur über spezielle Lerntechniken und Strategienausbildung zu schaffen ist.

Forderung:

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt fordert, zusätzlich zur Querschnittsbetrachtung das Fach "Medienpädagogik" einzuführen, um den richtigen Umgang mit Medien zu erlernen, sowie Inhalt und Darstellung in den Medien bewusst zu nutzen und zu reflektieren. Dieses Fach muss zwingend von Lehrer*innen mit Medienkompetenz durchgeführt werden. Um das Fach "Medienpädagogik" anzubieten und die Querschnittsbetrachtung der Digitalisierung wertungsfrei und kompetent durchzuführen, bedarf es ausgebildeter Fachkräfte. Das Fach "Medienpädagogik" muss aus diesem Grund in der Ausbildung von Lehrer*innen zu einem Schwerpunktthema erhoben werden. Lehrer*innen müssen Medienkompetenz beweisen. Gleichmaßen müssen Fortbildungsmöglichkeiten für bereits ausgebildete Lehrkräfte geschaffen werden. Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt fordert zudem aus diesem Grund einen Etat im Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen, welche die Medienpädagogik unterstützt. Dieser ist sowohl nötig, um Klassenzimmer zu digitalisieren, und eine realistische Lernumgebung zur Verfügung zu stellen als auch die Lehrer*innenausbildung mitzufinanzieren.

Begründung:

Es ist positiv zu werten, dass die Medienpädagogik in den neuen Richtlinien verankert sein wird. Doch eine reine Querschnittsbetrachtung wird dieser Thematik nicht gerecht. Es bedarf eines Schulfaches, welches sich explizit mit der Digitalisierung und deren Herausforderungen sowie Möglichkeiten beschäftigt. Kinder und Jugendliche wachsen als sogenannte "Digital Natives" auf – sie sind den Umgang mit Medien von Kindesbeinen an gewöhnt. Dies muss sich auch in der Schulbildung wiederfinden. Zudem ist die Digitalisierung für Kinder heutzutage selbstverständlicher als für Erwachsene. In der Lehrer*innenausbildung ist diese Thematik im Maximum als Randthema behandelt. Um Kinder und Jugendliche einen bewussten Umgang an die Hand zu geben, bedarf es der Integration von "Medienpädagogik" auch in der Ausbildung von Lehrer*innen, damit Medien bewusst gespiegelt und reflektiert werden können und um Strategien zum richtigen Umgang mit Medien zu vermitteln. Gleichmaßen ist es selbstverständlich, dass dies mit Kosten verbunden ist, weshalb ein Etat zur Verfügung gestellt werden muss.

Über das „Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt – München“: Das „Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt – München“ wurde im März 2015 gegründet. Die Initiative ist überparteilich und vereint Vertreter*innen aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, pädagogisch Tätigen und queerpolitisch sowie queerfeministisch Engagierten sowie Einzelpersonen unter einem Dach. Anlass der Gründung war die Ankündigung einer Kundgebung der sogenannten „besorgten Eltern“ in München. Das Münchner Bündnis stellt sich gegen jegliche Form der Verunglimpfungen und diskriminierenden Parolen. Das Aktionsbündnis setzt sich für Vielfalt, Sichtbarkeit und Akzeptanz homo-, bisexueller, trans* und intersexueller Menschen und aller Lebensweisen jenseits der traditionellen Vorstellung von Vater-Mutter-Kind in Bildung und Gesellschaft ein. Das Bündnis fordert eine uneingeschränkte, gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an unserer Gesellschaft – auch in Bayern. Das „Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt – München“ ist eine Regionalgruppe neben anderen in Augsburg, Berlin, Hamburg, Hannover, Kassel, Trier und Köln.

Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt – München
c/o sub e. V., Müllerstraße 14, 80469 München

Homepage: www.buendnisvielfaltstatteinfalt.de/muenchen

Facebook: www.facebook.com/buendnisvielfaltstatteinfalt

Kontakt: info@vielfalt-in-muenchen.de